



# Matthias Mieres MAGAZIN

## Warum mache ich mir Sorgen um unsere Krankenhäuser?

Als Mensch, als Patient aber auch als Politiker bereitet es mir Sorge, wenn ich höre, dass Krankenhäuser in Schieflage geraten. Denn wo die Grundversorgung nicht mehr stimmt, lebt es sich nicht gut und Menschen ziehen weg. Haben wir zu wenig Geld für unsere Krankenhäuser?

Deutschlands Gesundheitssystem gehört zwar zu den teuersten der Welt, aber nicht zu den besten. Mehr Geld heißt nämlich nicht automatisch bessere Behandlung. Auch der Konkurrenzkampf um gutes Personal wird härter. Insgesamt stehen die Häuser vor

sehr großen Herausforderungen. Mit der Krankenhausgesellschaft und dem Pfalzlinikum spreche ich dazu auch direkt.

Karl Lauterbach hat deswegen eine Expertenkommission eingesetzt und eine Krankenhausreform gestartet, die nach zähen Verhandlungen mit den Ländern jetzt auf der Zielgeraden ist. Im März habe ich in diesem Magazin schon dazu berichtet. Der Reformentwurf ist jetzt durch die Zusammenarbeit verschiedener Verwaltungsebenen und die Vermittlung im Deutschen Bundestag, nicht nur für Rheinland-

Pfalz, besser geworden. Die Krankenhausreform regelt grundsätzlich den Übergang von einer Vergütung pro Behandlung („Fallpauschale“) auf eine Bereitstellung von Fähigkeiten, Personal und Betten („Vorhaltepauschale“). Wichtig sind mir dabei Nähe, Qualität und gezielte Investitionen, um den Übergang vom einen in das andere System zu gewährleisten. Im Einzelnen:

Nähe: Wenn es eilt, muss es nah bei mir eine Versorgung geben. Es wird daher Zuschläge für sogenannte Sicherstellungshäuser geben. Für bedarfsnotwendige

ländliche Krankenhäuser sollen die jährlichen Förderbeträge erhöht werden. Krankenhäuser müssen dann nicht mehr auf Masse gehen, um profitabel zu sein – es gibt dann feste Zahlungen für Häuser, die für Versorgung notwendig sind.

Qualität: Der Umbau unserer Krankenhausstruktur ist keine reine Sparmaßnahme. Die Häuser sollen wirtschaftlich arbeiten, natürlich. Wenn sie sich auf das konzentrieren, was sie am besten können, wird die Behandlung möglicherweise günstiger. Sie wird aber auf jeden Fall qualitativ besser. Planbare Operationen sollen am besten dort stattfinden, wo die Experten dafür sitzen. Wir sehen zum Beispiel, dass Prothesen länger halten, wenn sie dort eingesetzt werden, wo viele solcher Eingriffe stattfinden.

Investitionen: Zur Wahrheit gehört:

Der Umbau wird teuer. Damit dieser Umbau zu einem stabilen System funktioniert, wird in den Jahren 2026 bis 2035 ein Krankenhaus-Transformationsfonds aufgesetzt. Insgesamt stehen bis zu 50 Milliarden Euro bereit. Dieses Geld kommt aus der gesetzlichen Krankenversicherung und von den Bundesländern. Für mich ist ein wichtiger Punkt, dass sich am Transformationsfonds auch die private Krankenversicherung beteiligen soll, denn deren Versicherte profitieren ebenfalls von modernen und leistungsfähigen Krankenhausstrukturen.

Ich habe mich persönlich dafür eingesetzt, dass die besonderen Bedarfe von Rheinland-Pfalz Beachtung finden. Dafür habe ich mich mit Dr. Oliver Kusch und unserem Gesundheitsminister

Clemens Hoch eng abgestimmt. Expertise aus dem Westpfalz-Klinikum und Expertenrunden halfen uns, grundlegende Verbesserungen in den Gesetzesentwurf zu verhandeln. So konnten wir erreichen, dass Länder, die bereits jetzt Entscheidungen zur zukunftsfähigen Aufstellung des Krankenhaussystems treffen, nicht bei der Förderung aus dem Transformationsfonds benachteiligt werden.

Die Reform liegt endlich vor. Durch sie werden erstens bedarfsnotwendige Krankenhäuser gestärkt, zweitens Behandlungsqualität durch Spezialisierung gesteigert und drittens langfristig Kosten gesenkt. Ich bin froh, dass wir uns endlich trauen, hier loszulegen.



### **Jona Steiner: Mein Praktikum bei Matthias Mieves**

Hallo, mein Name ist Jona und ich durfte Matthias und sein Team für den ganzen September sowohl in Kaiserslautern als auch in Berlin unterstützen. Ich komme ursprünglich aus Matthias' Wahlkreis in KL, bin jedoch nach meinem Abitur nach Münster in NRW gezogen, um dort den interdisziplinären Studiengang Politik & Recht zu studieren. Politik interessiert mich schon seit meiner Zeit auf dem Gymnasium und ist nicht nur der Grund für meine Studiengangwahl, sondern auch für mein Interesse, ein Praktikum bei Matthias zu absolvieren.

Mit dem Praktikum habe ich mir erhofft, ein besseres Verständnis dafür zu bekommen, wie genau politische Handlungsprozesse ablaufen und wie die Zusammenarbeit und Unterschiede zwischen kommunaler Ebene und Bundesebene aussehen. Da es sich für mich um ein berufsorientierendes Praktikum gehandelt hat, wollte ich auch unbedingt viel der alltäglichen Arbeitsabläufe miterleben und erfahren, wie die Arbeitsteilung zwischen einem Bundestagsabgeordneten und seinem Team funktioniert. Insofern wollte ich neben den Tätigkeiten von Matthias auch mitbekommen, welche Aufgaben die Menschen in seinem Team übernehmen und wie sich durch die Arbeit aller am Ende ein Gesamtbild ergibt.

Meine Erwartungen an meine vierwöchige Praktikumszeit wurden vollkommen erfüllt und ich konnte mit einem deutlich besseren Verständnis für politischen Prozesse mein Praktikum beenden. Während ich in KL durch Besuche bei Unternehmen den unmittelbaren Austausch mit den Menschen begleiten konnte, habe ich in Berlin hautnah mitbekommen, wie politische Entscheidungsprozesse funktionieren. Durch das Erstellen von Briefings zu gesundheitspolitischen Themen, das Begleiten zu E-Health-Events und vor allem durch das Miterleben von Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen, hat sich für mich ein vielseitiges und erfahrungsreiches Bild von politischen Prozessen in Berlin und KL ergeben.

Schlussendlich nehme ich aus dieser Zeit mit, dass Politik nicht nur das ist, was im Bundestagplenum stattfindet. Es ist vielmehr sogar das, was in einem vielseitigen Prozess davor passiert und etwas, was nur in Teamleistung funktioniert. Diese vier Wochen haben mich nachhaltig beeindruckt und ich bin sehr dankbar, dass ich so großartige Erfahrungen sammeln durfte. Vielen Dank an Matthias und das ganze Team!



## Hier war ich auch (Teil 1):



Amtsübergabe Präsidium an der RPTU in Kaiserslautern



Bürgersprechstunde in Wolfstein



Mitgliederversammlung der Ergotherapeuten RLP in Speyer

## Neues aus dem Wahlkreis

### Alte Welt e.V. erhält Fördermittel in Höhe von 337.355,45 Euro

Wenn der Alte Welt e.V. neue Wege geht, kann es nur gut werden. Umso mehr freue ich mich über die Förderung durch das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bau und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumordnung.

Das Projekt mit dem Titel „Alte Welt - neue Wege. Fit für die Zukunft dank interkommunalem Fördermittelmanagement“ soll die bisherige Arbeit des Vereins unterstützen und verstetigen. Eine Geschäftsstelle wird künftig förderfähige Projekte entwickeln und auf den Weg bringen.

Hier zeigt sich in hervorragender Weise, wie eine gute Zusammenarbeit von vier Landkreisen, vier Verbandsgemeinden und der evangelischen Kirche zum Wohle der gesamten Region gelingen kann. Ich bewundere das Engagement des Vereins, der schon viel für die Region erreicht hat und unterstütze solche Förderanträge sehr gerne.



### 327.542 Euro für die Verbandsgemeinde Eisenberg

Weniger Energie verbrauchen durch besseres Energiemanagement (EM), das ist ein weiterer wichtiger Schritt für unsere Umwelt und den Geldbeutel der Verbandsgemeinde Eisenberg. Umso mehr freue ich mich, dass die Verbandsgemeinde Eisenberg mit insgesamt 327.542 Euro gefördert wird.

Gefördert werden die erstmalige Einrichtung sowie die Erweiterung eines Energiemanagements (EM). Das EM soll durch das stetige Erfassen und Steuern von Energie-Verbrauchsdaten die Energieverbräuche kontinuierliche reduzieren. Dafür soll eine neue Personalstelle „Energiemanager/in“ in Vollzeit geschaffen werden.

Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) fördert und unterstützt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) seit 2008 Klimaschutzprojekte in ganz Deutschland.

„Besser können Fördermittel nicht eingesetzt werden. Hier werden gleich drei wichtige Punkte gefördert: Umweltschutz, weniger Ausgaben für Energie, sowie die Schaffung eines zukunftsorientierten Arbeitsplatzes.“ ergänzt die Landtagsabgeordnete Jaqueline Rauschkolb.

### Einladung zu Tagen der Begegnung in Berlin

Du bist zwischen 18 und 28 Jahre und möchtest nach Berlin? Dann melde dich jetzt für die Tage der Begegnung vom 18. bis 20. Dezember 2024 an. Unter der Schirmherrschaft von Bundestagspräsidentin Bärbel Bas MdB finden die 30. Tage der Begegnung im Deutschen Bundestag statt.

Seit 1985 lädt ein überkonfessioneller Kreis von Abgeordneten zu dieser Veranstaltung mit Vorträgen, Seminaren und Gesprächen in den Deutschen Bundestag ein. Spitzenpolitiker, Journalisten und Unternehmer denken gemeinsam über Politik, Glaube und Werte nach, stellen sich der Diskussion mit den etwa 150 Teilnehmern und betonen die Wichtigkeit der Präambel unseres deutschen Grundgesetzes „...in Verantwortung vor Gott und den Menschen“. Persönliche Begegnungen und Gespräche sollen dazu beitragen, die universelle Verantwortung für die Gestaltung unseres Gemeinwesens bewusst zu machen und einen authentischen Einblick in die Arbeit des Parlaments und den Politikeralltag zu gewähren.



Gemeinsam mit meinen Parlamentskollegen möchte auch ich Jugendliche aus meinem Wahlkreis zu dieser Tagung über Politik, Glaube und Werte nach Berlin einladen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Weitere Informationen gibt es unter <https://www.tage-der-begegnung.de/>. Auf der Seite der Tage der Begegnung besteht die Möglichkeit, sich für die Veranstaltung anzumelden.

Die Anmeldung erfolgt direkt über den folgenden Link: <https://www.tage-der-begegnung.de/anmeldung/>. Für Rückfragen steht mein Wahlkreisbüro unter [matthias.mieves.wk@bundestag.de](mailto:matthias.mieves.wk@bundestag.de) gerne zur Verfügung.

## Neues aus Berlin



### Schutz für das Bundesverfassungsgericht

Das Bundesverfassungsgericht ist ein wichtiger Bestandteil unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die Erfahrungen in Polen und Ungarn und in anderen westlichen Demokratien lehren uns, wie Feinde der Demokratie mit parlamentarischer Mehrheit gezielt die Unabhängigkeit der Gerichte aushebeln und sie arbeitsunfähig machen, um ihre Agenda ohne gerichtliche Kontrolle durchzusetzen.

Mit einem fraktionsübergreifenden Gesetzentwurf wollen wir die Stellung des Bundesverfassungsgerichts im Grundgesetz verankern und es vor Angriffen auf seine Arbeitsfähigkeit schützen. Die Einigkeit der demokratischen Fraktionen zeugt von der Überparteilichkeit und der Bedeutung des höchsten deutschen Gerichts - dies gilt es zu schützen und abzusichern. Durch die Verankerung der Regelungen zur Arbeitsweise und Zusammensetzung des Gerichts im Grundgesetz stärken wir die Widerstandsfähigkeit des Verfassungsgerichts gegenüber rechtspopulistischen und antidemokratischen Kräften.

# Medienecho zu meiner politischen Arbeit



**PHARMAZEUTISCHE ZEITUNG**

Start / Politik & Wirtschaft

Lieferengässe

## Neue Rabattverträge, teurere Arzneimittel

SPD-Gesundheitspolitiker Matthias Mieves erklärte im Deutschlandfunk, warum sich das Lieferengpass-Gesetz wegen bestehender Rabattverträge noch nicht vollends entfalten kann und wie die Regierung beim aktuellen Kochsalzlösungs-Engpass gegensteuert.

Melanie Hahn 15.10.2024 12:30 Uhr

**DIE RHEINPFALZ**

EISENBERG

## 327.542 Euro für die Verbandsgemeinde

**DIE RHEINPFALZ**

„Weniger Energie verbrauchen durch besseres Energiemanagement (EM) – das ist ein weiterer wichtiger Schritt für unsere Umwelt und den Geldbeutel der Verbandsgemeinde Eisenberg“, sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Mieves. Er freut sich über die Nachricht, dass die VG mit insgesamt 327.542 Euro gefördert wird. Die Zuschüsse fließen für die erstmalige Einrichtung sowie die Erweiterung eines Energiemanagements (EM). Das EM soll durch das stetige Erfassen und Steuern von Verbrauchsdaten helfen, kontinuierlich Energie zu sparen. Dafür ist eine neue Personalstelle in Vollzeit zu schaffen. Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) fördert und unterstützt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) seit 2008 Klimaschutzprojekte in ganz Deutschland.

**INTERVIEW MIT MATTHIAS MIEVES (SPD) TEIL 1**

## „Wir klemmen uns hinter jedes einzelne Problem rund um das E-Rezept“

BERLIN - 21.10.2024, 07:00 UHR

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Matthias Mieves lobt die Apothekerschaft für ihr Engagement bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens. (Foto: Christian Schneider)

Der Bundestagsabgeordnete Matthias Mieves ist innerhalb der SPD-Fraktion für die Schnittmenge zwischen Gesundheit und Digitalisierung zuständig. In Teil 1 des DAZ-Interviews spricht er über die Abläufe rund um das E-Rezept, die zweifelhafte Rolle der Selbstverwaltung und die bevorstehende Einführung der elektronischen Patientenakte.

**DIE RHEINPFALZ**

KUSEL

**R Plus** Apotheker im Kreis Kusel machen gegen Reformpläne der Regierung mobil

### Mieves: Apotheke ist wichtiger Faktor

Gesundheitspolitiker Matthias Mieves (SPD) weiß aus vielen Gesprächen mit Pharmazeuten in seinem Wahlkreis um die Sorgen der Apothekerschaft. Die Apotheke sei ein wichtiger Faktor in der Gesundheitsversorgung, und deshalb müsse ein flächendeckendes Netz durch Änderungen bei der Vergütung und Honoraranreize für Standorte in ländlichen Gebieten erhalten werden, sagt der Bundestagsabgeordnete. Er verteidigt die vorgesehene Absenkung des prozentualen Zuschlags auf den Apothekeneinkaufspreis von drei auf zwei Prozent bis 2027. Die frei werdenden Finanzmittel könnten für einen höheren Festzuschlag, der derzeit bei 8,35 Euro liegt, verwendet werden. Zudem sollten Nachtdienste für Apotheken in ländlichen Gebieten besser honoriert werden. Am Verbot von Fremdbesitz werde nicht rüttelt, versichert der SPD-Politiker.

Ursprünglich sollte der „Entwurf eines Gesetzes für eine Apothekenhonorar- und Apothekenstrukturreform“ schon im Juli vom Bundeskabinett beschlossen werden. Mehrfach wurde das Vorhaben allerdings verschoben, nunmehr ist ein Termin im Oktober im Gespräch.

**INTERVIEW MIT MATTHIAS MIEVES (SPD) TEIL 2**

## „Das Fremdbesitzverbot bleibt!“

BERLIN - 21.10.2024, 17:50 UHR

Der Bundestagsabgeordnete Matthias Mieves ist innerhalb der SPD-Fraktion für die Schnittmenge zwischen Gesundheit und Digitalisierung zuständig. Lesen Sie im zweiten Teil des DAZ-Interviews, wie er zu den Apotheken ohne Apotheker steht, was es mit den sogenannten favorisierten Apotheken auf sich hat und welche Rolle er für die Präsenzapotheken in der digitalen Welt sieht.

**DIE RHEINPFALZ**

## Patientenakte: Verbraucherschützer ermahnen Krankenkassen

**Mieves: „Wir dürfen niemanden vergessen“**

Matthias Mieves, SPD-Gesundheitspolitiker aus Kaiserslautern, hat federführend für die SPD-Fraktion das Gesetz zur Patientenakte ausgehandelt. Er kann das Vorgehen der Krankenkassen nicht verstehen, insbesondere nicht die kurz gehaltenen Informationsschreiben. „Im Gesetz steht klar, dass ich auch offline widersprechen kann. Die Kassen müssen dafür Stellen einrichten und entsprechend informieren.“ Dafür sei noch bis 15. Januar Zeit. „Wir dürfen niemanden vergessen, nur weil er nicht online sein möchte oder nicht online sein kann. Auch für Menschen ohne Internetzugang hat die e-PA große Vorteile, aber der Verzicht darauf muss barrierefrei möglich sein.“ Der Südpfälzer CDU-Abgeordneten Thomas Gebhart verweist darauf, dass die Union in einem Bundestagsantrag den barrierefreien Zugang zum Widerspruch eingefordert hat. Das Bundesgesundheitsministerium plant nach eigenen Angaben eine Informationskampagne zur Patientenakte.

## Medikamentenmangel

### SPD-Politiker Mieves: Maßnahmen der Politik wirken

Der SPD-Gesundheitspolitiker Mieves sieht den Kampf gegen Lieferengässe bei Medikamenten auf einem guten Weg. Mieves sagte im Deutschlandfunk, in diesem Jahr gebe es einen Mangel bei rund 500 Arzneimitteln, im vergangenen Jahr seien es noch 1.000 gewesen. Das Lieferkettenengpass-Gesetz beginne zu wirken.

15.10.2024

[Abonnieren](#)



Der SPD-Politiker Matthias David Mieves (IMAGO photothek/IMAGO/Ute Grabowsky)

**DIE RHEINPFALZ**

**R Plus** Kanzlerkandidatur: Soll Olaf Scholz nochmal antreten?

Auch Matthias Mieves, der für die SPD im Bundestag sitzt, hält Olaf Scholz für den richtigen Kandidaten für die kommende Bundestagswahl. Er sei ein guter Bundeskanzler, attestiert der Pfälzer dem Hamburger. Wie Becker findet auch Mieves: „Seine Arbeit ist deutlich besser als sein Ruf.“ Scholz gehe die Aufgaben, die sich stellen, entschlossen an. „Wir sind in Deutschland mit zahlreichen internationalen Krisen konfrontiert. Gleichzeitig sind über viele Jahre strukturelle Probleme in der Infrastruktur, im Gesundheitswesen und bei der Energieversorgung liegen geblieben.“ Lösungen dafür zu finden, sei schwierig, „insbesondere in einer Dreier-Koalition“, stellt Mieves fest und fügt hinzu: „Aber er liefert. Deshalb unterstütze ich Olaf Scholz auch für eine weitere Legislatur als Bundeskanzler.“

**Deutschlandfunk**

Höre dir hier mein Interview zum Thema **Knappheit von Arzneimitteln** an



## Meine Bundestagsrede zum Thema AfD und Pflege

Die AfD wollte im Bundestag über das Thema Pflege sprechen - sehr gerne.

Ich habe mir dann mal im Detail angeschaut, was die AfD und ihre Forderungen für die Pflege bedeuten würden. Um es kurz zu machen. Von der AfD kommt mal wieder nichts Gutes.

Meine komplette Rede findet Ihr unter folgendem Link:

<https://dbtg.tv/cvid/7616453>



## Hier war ich auch (Teil 2):



Fa. F.K.Horn in Kaiserslautern

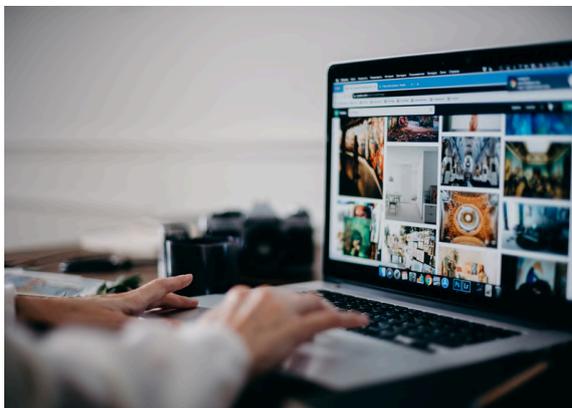


Konferenz des SPD-Gemeindeverbandes Oberes Glantal



CJD Rheinland-Pfalz in Wolfstein

## Neues aus den Ausschüssen



### Glasfaser für alle, und zwar schnell

Es gibt Gesetze, die hören sich kompliziert an, aber bringen uns konkret Verbesserungen in unserem Leben. Das „Telekommunikations-Netzausbau-Beschleunigungsgesetz (TK-NABeG)“ wurde jetzt im Plenum des Deutschen Bundestages vorgestellt.

Es geht darum, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen, um das Telekommunikationsnetz schneller und einfacher auszubauen. Dazu sollen die Fristen in Genehmigungsverfahren verkürzt werden, indem diese Verfahren im „überragenden öffentlichen Interesse“ stehen. Es wird so vor anderen Verfahren priorisiert.

Ausnahme hier sind die naturschutzrechtlichen Verfahren, in denen nur die Errichtung neuer Mobilfunkmasten im „überragenden öffentlichen Interesse“ stehen soll, da der Naturschutz nicht vernachlässigt werden darf.

Vielleicht erinnert sich der ein oder andere an die Gigabitstrategie des Jahres 2022, auf den dieser Entwurf aufbaut. Hier wurde ein „Gigabit-Grundbuch“ vorgeschlagen, das wie ein einheitliches Informationsportal wirken soll. Damit sollen alle Interessierten klar definierte und allgemein gültige Informationen zum Ausbau erhalten können.

Bei uns daheim gibt es erhebliche Unterschiede im Glasfasernetzausbau. Kaiserslauterns Ausbau ist noch nicht so fortgeschritten wie z. B. im Donnersbergkreis. Das liegt größtenteils an den langwierigen Genehmigungsverfahren, die hiermit erleichtert werden können. Auch die Gesetzgebung dazu wollen wir jetzt schnell abschließen.

Jeder dritte Haushalt genießt heute die Vorteile des Glasfasernetzes, bis Ende 2025 hoffentlich mindestens jeder zweite. Dieses Gesetz soll es endlich schaffen, einen Ausbau auch in Kaiserslautern zu beschleunigen und uns alle mit schnellerem, effizienterem und auch auf Dauer kostengünstigerem Internet zu versorgen.

## Hier war ich auch (Teil 3):



Fraunhofer ITWM in  
Kaiserslautern



Jahreshauptversammlung der  
Ärztlichen Kreisvereinigung in  
Kaiserslautern



SBN Wälzlager in Schönberg-  
Kübelberg

### Sollte schon jetzt ein Verbotsverfahren gegen die AfD eingeleitet werden?

Ich habe keine Zweifel – die AfD ist eine Partei, die ein komplett rassistisches Menschenbild und fragwürdiges Demokratieverständnis hat. Deshalb ist es richtig, dass immer wieder geschaut wird, ob, wann, wie und wo auch juristisch die Grenze überschritten wird, ab der die Partei insgesamt als gesichert rechtsextrem gelten kann. Denn dann kann sich die Demokratie mit einem Verbotsverfahren wehren.



Noch in diesem Jahr wollen einige meiner Kolleginnen und Kollegen einen überfraktionellen Antrag im Bundestag einbringen. Der Bundestag soll damit beschließen, dass ein Verbotsverfahren gegen die AfD beim Bundesverfassungsgericht eingeleitet wird.

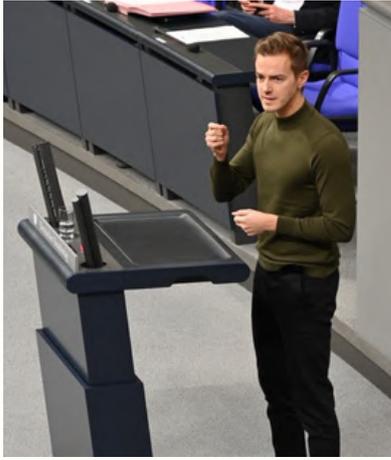
Als Mensch, als Politiker, als (Sozial-)Demokrat kann ich das zu 100% verstehen und unterstützen. Dennoch habe ich mich dieser Initiative nicht aktiv angeschlossen und werde zum jetzigen Zeitpunkt dem Antrag im Bundestag auch nicht zustimmen.

Warum nicht? Bundesweit ist es trotz der permanenten Grenzüberschreitungen und Provokationen aktuell verfassungsrechtlich mehr als fraglich, ob ein Verbotsverfahren Erfolg hätte. Ein Scheitern wäre aber fatal. Die AfD würde durch eine Rechtsprechung zu ihren Gunsten mit großer medialer Reichweite offiziell "legitimiert" und dadurch weiter gestärkt. Bereits während eines Verbotsverfahrens würde die Opfer-Haltung der AfD den Zulauf vermehren, nicht verringern.

Die Verfassungsschutz-Behörden in Bund und Ländern beobachten die AfD fortlaufend. Deshalb hoffe ich auf das baldige Erreichen einer ausreichend großen Beweislage. Denn: Für ein Parteiverbot reicht leider nicht der Nachweis von grundgesetzwidrigen Haltungen und Äußerungen einzelner oder auch vieler Mitglieder und Anhänger. Es muss nachgewiesen werden, dass es das strukturelle, erwiesene Ziel der ganzen PARTEI ist, unsere demokratische Struktur im Kern anzugreifen bzw. gegen die bestehende Verfassung umzubauen. Das ist eine sehr hohe Hürde, was ein Rückblick auf die Verbotsverfahren gegen die NPD in der Vergangenheit gut dokumentiert.

Wie kann und muss die AfD derweil politisch bekämpft werden? Meiner Auffassung nach durch klare Abgrenzung ALLER demokratischen Parteien; durch gute politische/handwerkliche Arbeit; durch die Lösung von handfesten Problemen; durch gute Kommunikation und den Fokus auf Fakten und die für die Menschen relevantesten Themen (nicht die von der AfD gepushten Themen).

Wenig hilfreich finde ich es hingegen, wenn Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU selbst nach den Vorfällen in Thüringen weiterhin Bündnis90/Die Grünen als größten politischen Feind deklarieren. Das meine ich, wenn ich mir wünsche, dass mit Blick auf die AfD ALLE demokratischen Parteien an einem Strang ziehen sollten.



## Meine Rede im Deutschen Bundestag zum Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz

Was mich am deutschen Gesundheitssystem stört?

Dass man immer noch viel zu lange auf einen (Fach-)Arzttermin warten muss, dass es immer noch zu viele Faxgeräte gibt, dass wir nicht alle Vorteile der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz nutzen und so weiter und so fort. Damit muss jetzt Schluss sein!

Meine komplette Rede findet Ihr unter folgendem Link:

<https://dbtg.tv/cvid/7617168>



## Hier könnt ihr mich treffen:



16. November, ab 15:00 Uhr: Haustürbesuche mit Jaqueline Rauschkolb in Eisenberg

16. November, ab 19:00 Uhr: 3. MusiKARlische Abend in Rockenhausen

18. November, ab 19:00 Uhr: Friedenstage mit Michael Müller MdB in Bolanden-Weierhof

19. November, ab 18:00 Uhr: offener Stammtisch des SPD-Gemeindeverbandes Kirchheimbolanden mit Jaqueline Rauschkolb in Marnheim

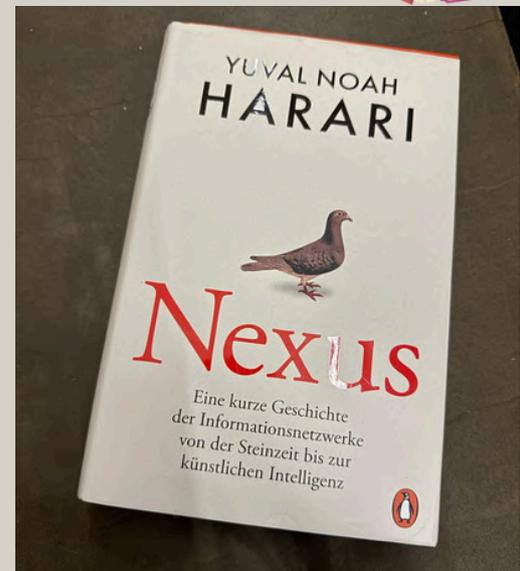
24. November, ab 13:30 Uhr: Heimspiel des 1.FCK gegen Eintracht Braunschweig mit Jaqueline Rauschkolb & Jusos

## Mein Lese-Tipp



### Nexus von Yuval Noah Harari

Der Titel "Nexus" klingt erstmal etwas kryptisch - aber in diesem spannenden Sachbuch geht es um etwas, mit dem wir alle täglich zu tun haben. Es geht um Informationen - und vor allem darum, wie sie genutzt werden, um Macht zu erlangen oder zu zerstören. Informationen begegnen uns in allen Lebenslagen und prägen unseren Alltag. Der bekannte Bestseller Autor zeichnet die Geschichte der Informationen anhand von Beispielen nach, die jeder kennt - angefangen bei der Entstehungsgeschichte der Bibel. Dabei kommen immer wieder erstaunliche Dinge zutage - ich hatte beim lesen viele "Aha"-Effekte. "Nexus" ist sehr einfach und flott zu lesen, es ist unterhaltsam und lehrreich. Es bietet viele interessante Erkenntnisse, wie Fake News entstehen, wie sie genutzt werden - und vor allem, wie man ihnen erfolgreich begegnen kann. Ein Tolles Buch - kann ich nur empfehlen.



Richard-Wagner-Straße 1  
67655 Kaiserslautern

Bahnhofstraße 3a  
67806 Rockenhausen

Matthias Mieves  
Bundestagsabgeordneter  
für die Westpfalz

0631 69550 / 0151 10377531  
[matthias.mieves.wk@bundestag.de](mailto:matthias.mieves.wk@bundestag.de)

[www.matthiasmieves.de](http://www.matthiasmieves.de)

